3357/A(E) vom 27.04.2023 (XXVII. GP)

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Petra Bayr, MA, MLS

Genossinnen und Genossen

betreffend mehr Transparenz bei der Erstellung von Strategien des Bundesministeriums

Im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten werden laufend politische Strategien erarbeitet. Während der Prozess und die Erarbeitung des Dreijahresprogramms der österreichischen Entwicklungspolitik relativ transparent abläuft, externe Akteur*innen und NGOs bei der Erarbeitung konsultiert werden, und dieses schlussendlich auch im Ministerrat beschlossen und dem Parlament zur Kenntnisnahme weitergeleitet wird, erfolgt die Erstellung anderer Strategien ohne jegliche Transparenz und Legitimation durch den Ministerrat – sie bleiben eine politische Strategie des jeweiligen Ressorts.

Im Fall der Humanitären Hilfe Strategie, deren Veröffentlichung schon seit Monaten zugesagt wurde, ist nicht offensichtlich auf welche Weise diese erstellt bzw. fertiggestellt wird und ebenso wenig, weshalb diese seit Monaten angekündigt, aber bislang nicht veröffentlicht wurde.

Im Falle der österreichischen China Strategie – durchwegs eine aktuell sehr essentielle, die die Mitarbeit von mehreren Ressorts, Stakeholdern, NGOs und Sozialpartnern erfordern würde – tappt man auch im Dunklen.

Aus einer Anfragebeantwortung des Bundeskanzlers geht hervor, dass "das Regierungsprogramm 2020-2024 sieht unter "regionale Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik" die Ausarbeitung einer gesamtstaatlichen Länderstrategie zu China und einen stärkeren Fokus auf Wachstumsmärkte in Asien vor. Die Herausforderungen im Zusammenhang mit China erfordern eine koordinierte Vorgangsweise auf nationaler und EU-Ebene. Deshalb wurde Ende 2020 unter Ko-Vorsitz des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten und des Bundeskanzleramts eine interministerielle Gruppe der China-Koordinatorinnen und -Koordinatoren unter Einladung aller Ressorts eingerichtet. Zudem werden quartalsmäßig die Sozialpartner, die Industriellenvereinigung und die Österreichische Nationalbank in die Videokonferenz-Sitzungen eingebunden. Ziele dieser als Prozess angelegten Strategie sind ein gemeinsamer Wissensaufbau auf Basis von Schwerpunktthemen,

eine

verstärkte

innerstaatliche

Vernetzung

relevanter

Akteure

sowie

der Aufbau von Chinaexpertise auf nationaler Ebene".1

Ebenso unklar bleibt – jedenfalls bei der Erstellung dieser Strategie – inwieweit Studien herangezogen wurden und insbesondere durch welche budgetären Mitteln des Ressorts diese finanziert aber dann nicht veröffentlicht wurden.

Die unterfertigten Abgeordneten fordern mehr Transparenz und Einbindung bei der Erstellung von politisch strategischen Dokumenten und stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass bei der Erstellung von politischen Strategien des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten alle relevanten Akteur*innen, insbesondere die Sozialpartner und Akteur*innen der Zivilgesellschaft, eingebunden werden und der Prozess der Erstellung ebendieser mehr Transparenz und Legitimation zumindest durch den Ministerrat unterliegt".

RAUR

Zuweisungsvorschlag: Außenpolitischer Ausschuss

¹ 8866/AB XXVII. GP – Anfragebeantwortung,16.02.2022: https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/8866/imfname 1420409.pdf